

Politik | Gentechnik: Was will Seehofer?

Dass Genmais für Insekten wie Schmetterlinge schädlich ist, hat nun auch die Bundesregierung zugegeben. Die geplante Gentechnik-Novelle könnte davon beeinflusst werde, hofft nicht nur **Ulrich Rosenbaum**.

Er lässt kaum eine Gelegenheit aus, um seine persönliche Abneigung gegen die so genannte „Grüne Gentechnik“ kund zu tun. Ob es nun eine Herzensangelegenheit ist oder nur ein taktisches Manöver, um im innerparteilichen Machtkampf der CSU Punkte zu machen (schließlich wollen Bayerns Bauern ja auch kein Genfood): Entscheidend ist, wie die Gentechnik-Novelle, die bisher als Entwurf vorliegt, am Ende aussieht, wenn sie vom Kabinett in den Bundestag eingebracht wird. Und da ist die Gefechtslage nicht einfach für den Bundeslandwirtschaftsminister. Denn im eigenen Lager drängen Bundeskanzlerin Angela Merkel, Forschungsministerin Annette Schavan und Wirtschaftsminister Michael Glos darauf, die Zügel für die weitere Erprobung und Nutzung der Gentechnik in der Landwirtschaft zu lockern. Auf der anderen Seite hat sich beim Koalitionspartner SPD Bemerkenswertes getan: Die agrar- und verbraucherpolitischen Sprecher aus Bund und Ländern haben sich auf Initiative der niedersächsischen Landtagsfraktion für einen restriktiven Kurs ausgesprochen. Nicht mehr als 0,1 Prozent Genfood-Verunreinigung sollen ohne besondere Kennzeichnung erlaubt sein, der Abstand von Genmais- zu konventionellen Maisfeldern mindestens 300 Meter betragen und das volle Haftungsrisiko bei dem bleiben, der Gensaat benutzt. Außerdem soll offen gelegt werden, wenn zum Beispiel Tieren, die Fleisch und Milch liefern, Gen-Soja verfüttert wurde. Selbst die in Sachsen-Anhalt mitregierende SPD verabschiedet sich von der Vorstellung, mit Gentechnik blühende Landschaften zaubern zu können, der brandenburgische Land-

wirtschaftsminister Dietmar Woidke wünscht sich statt gentechnischer Großflächen auf einmal gentechnikfreie Gebiete, und Mecklenburg-Vorpommerns Till Backhaus versucht sich ebenfalls von der Gentechnik abzuseilen. Hinter alledem steckt der stellvertretende Bundestags-Fraktionsvorsitzende Ulrich Kelber aus Bonn. Er hat so sehr die Strippen gezogen, dass sich Seehofer gar bei Fraktionschef Peter Struck beschwerte. Dabei ärgert den Minister eigentlich nur die 300-Meter-Forderung. Er hatte 150 angeboten. Der Kompromiss sah bei Redaktionsschluss so aus: 150 Meter zu konventionellen Flächen, 300 Meter zu Öko-Flächen. Da mögen die Experten streiten. Entscheidend ist, dass Seehofer nun selber das 0,1-Prozent-Limit für die Kennzeichnung

**SO KÖNNTE
DIE NOVELLE
AUSSEHEN:**

**NICHT MEHR ALS
0,1 % VERUN-
REINIGUNG,**

**MINDESTENS
150 METER ZU
KONVENTIO-
NELLEN,
300 METER ZU
BIOFLÄCHEN,**

**VOLLE KENN-
ZEICHNUNGS-
PFLICHT**

**UND HAFTUNG
BEIM
VERURSACHER**

will (allerdings darauf verweist, dass die EU-Kommission 0,9 Prozent beschlossen hat) und dass er zum Entsetzen der Wirtschaftslobby die Haftungsbedingungen, die seine Vorgängerin Renate Künast eingeführt hatte, nicht lockern will. Also auch kein Entschädigungsfond, an dem sich der Steuerzahler beteiligen müsste. Setzt er sich durch, wird auch der letzte landwirtschaftliche Betrieb die Lust verlieren, gentechnisch verändertes Saatgut auszuprobieren. Hinzu kommt, dass immer mehr Regionen um den Tourismus bangen, wenn sie als Gentech-Gebiete gebrandmarkt sind. Der Begriff der „Koexistenz“ würde damit zur Farce – gut so. Seehofer wäre nicht Seehofer, wenn er die SPD nicht auch noch zu übertreffen versuchen würde. Auf dem ersten Deutschen Verbrauchertag kündigte er für den Herbst eine neue Kennzeichnungsverordnung an, die nicht nur die Deklaration von direkten GMO-Anteilen verlangt sondern auch von Vorprodukten, also vor allem das Tierfutter oder Hefen einbezieht. Die gentechnische Forschung, das schwören Seehofer wie die SPD, müsste deshalb nicht eingestellt werden. Was übrigens auch der Linie entspricht, die Slow-Food-Präsident Carlo Petrini öffentlich vertritt. Am 8. August wollte sich das Kabinett mit einer Vorlage befassen, die Seehofer mit Kelber ausgekugelt hat. Wie die Unionsabgeordneten reagieren, wenn sie aus der Sommerpause zurückkommen, dürfte ebenso spannend werden wie die Reaktion der Bundesländer im Bundesrat.